



Ausgrenzungen beobachtet EuW-Autor Dieter Knutz (kleines Foto) im Arbeitsmarkt genauso wie im Bildungssystem. Die Auslese nach der 4. Klasse der Grundschule kommt zu früh. Internationale Vergleichsstudien haben gezeigt, dass Kinder erfolgreicher lernen, wenn sie länger gemeinsam beschult werden.

„Bildungssystem und Arbeitsmarkt dürfen nicht ausgrenzen“

Die GEW steht zu ihren bildungspolitischen Zielen

Über die Zusammenhänge zwischen Bildung und gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklungen referierte Dieter Knutz, Vorsitzender des GEW-Bezirksverbandes Weser/Ems vor der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Stade. „Weder das Bildungssystem noch der Arbeitsmarkt dürfen ausgrenzen“, fordert Kollege Knutz. Wir veröffentlichen sein Referat gekürzt.

Die derzeitigen von den großen Volksparteien vorgestellten so genannten Reformen sind nichts anderes als Programme zum Sozialabbau. Da wird nicht für irgendjemanden gespart, da wird schlicht gekürzt. Sie wälzen die Lasten auf ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache ab. Der Staat wird entreichert und entreichert sich durch Senken der Steuerquote, durch Steuergeschenke an Vermögende und Konzerne. Die Regierungen sparen an Bildung und Ausbildung und höhlen die Sozialsysteme aus.

Gespart wird bei denen, die sich Bildung nicht kaufen können

Zu tragen haben die Lasten die unteren Einkommensschichten, die abhängig arbeitenden Beschäftigten, denen man über Lohnkürzungen, die Streichung von Urlaubsgeld und die Kürzung von Sonderzuwendungen in die Tasche greift. Bei denjenigen also wird gespart, die Qualität von Bildung und sozialer Sicherheit nicht kaufen können, wenn der Staat sich immer weiter aus der Verantwortung zurückzieht. Es ist nicht mehr das Ziel der aktuellen Politik die ökonomischen, sozialen und ökologischen Funktionen des Staates für die Gesellschaft abzusichern.

Heute ist das Ziel, Ausgaben ohne Rücksicht auf die Folgen für die dringenden Aufgaben des Staates einzusparen. Dabei machen es sich die Anhänger der Neoklassik in der Wirtschaftswissenschaft und in der neoliberalen Politik sehr einfach nach dem Motto: „Ein öffentlich ausgegebener Euro ist Verschwendung – sein Einsatz dagegen in der Privatwirtschaft steigert immer auch die öffentliche Wohlfahrt.“

Bildung ist ein öffentliches Gut

Die Finanzpolitik des Einsparens wird gerechtfertigt mit dem Versprechen, dass am Ende das Wachstum gestärkt und die Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Aber das Gegenteil tritt ein: Durch die Kürzung der staatlichen Aufgaben fehlen der Wirtschaft die Umsätze. Die gegenwärtige Finanz- und Steuerpolitik macht den Staat immer handlungsunfähiger, während die Einkommensstarken und die Vermögenden gewinnen.

Bildung ist ein vom Staat zu gewährleistendes öffentliches Gut. Denn über den Nutzen für den einzelnen Menschen hinaus profitieren Unternehmen wie Gesellschaft von der individuellen, gesellschaftlichen und ökonomischen Produktivkraft Bildung. Bildung ist ein zentraler Bereich öffentlicher Daseinsvorsorge. Nach Ansicht der UNESCO bildet die Bildung eine

„letzte Barriere im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge“. Die UNESCO formulierte dies angesichts der zunehmenden Liberalisierungs- und Privatisierungstendenzen im Sektor der öffentlichen Dienstleistungen. Mit der Verknappung der finanziellen Ressourcen im öffentlichen Bereich einher geht die ideologische Untermuerung dieser Entwicklung.

Unter dem Motto von Autonomie und Eigenverantwortung, Qualitätssicherung und Evaluation werden Leistungsanforderungen – vor allem an die Beschäftigten – verschärft. Mit Hinweis auf den weltweiten Wettbewerb wird Arbeit bei geringer Bezahlung verdichtet und verlängert. Die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse steigt.

Die betriebswirtschaftlichen und organisatorischen Kompetenzen von Einzelinstitutionen sollen gestärkt und ausgewertet werden. Diese Stärkung wird zudem begründet mit der Umstellung von einer input- auf eine outputorientierte Steuerung.

Das Verweisen auf PISA-Ergebnisse und auf das gute Abschneiden anderer OECD-Staaten soll dabei die Einsicht in die Notwendigkeit einer Umsteuerung in einen Paradigmenwechsel innerhalb des Bildungssystems befördern. Bildungsinstitutionen sollen durch Wettbewerb effizienter werden und bessere Leistungen erbringen. Dieser Umbau des Bildungssystems auf ein neues Steuerungssystem soll als Bildungsreform verkauft werden. In Wirklichkeit beendet dieser Umbau eine Bildungspolitik, die auf Expansion und Chancengleichheit ausgerichtet war. Das Bildungssystem wird ausgerichtet an Kostensenkung, Rationalisierung, Privatisierung, Wettbewerb und an der betriebswirtschaftlichen Effizienz der Einzelinstitution – also auch der einzelnen Schule. „Hinter dem Schleier der ökonomischen Vernunft verbirgt sich kaum verhüllt ein neuer Sozialdarwinismus“, sagt Klausenitzer.

Umsteuerung wird als Reform verkauft

Das wirkt sich auch auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus. Die Eigenverantwortlichkeit und Budgetierung von kleinen Organisationseinheiten wie Schulen fördert die Beschäftigung in befristeten und prekären Beschäftigungsverhältnissen. Um diese Praxis abzusichern, werden Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte beschnitten – auf ArbeitnehmerInnen in befristeten Beschäftigungsverhältnissen kann man mehr Druck ausüben. Vor dem Hintergrund der materiellen Rahmenbedingungen wird unter der Losung „mehr Eigenverantwortung und Autonomie“ dem einzelnen Menschen und der Einzelinstitution die Verantwortung für Erfolg oder Misserfolg zugeschrieben.

Foto: Manfred Vollmer

Der Markt – der Bildungsmarkt – ist ein wirksames Instrument, um Ungleichheit und soziale Benachteiligung zu erklären und zu legitimieren und im Falle des Scheiterns dem Versager die Schuld zuzuweisen. Kreativität, Lernen in Projekten, Teamfähigkeit, selbstständiges Lernen haben sich Vertreter der Industrie – McKinsey und Bertelsmann – zu eigen gemacht. Im Wortgleichklang mit Reformpädagogen fordern sie einen neuen Typ eines lohnabhängig arbeitenden Menschen, der den Anforderungen der neuen so genannten Wissensgesellschaft genügt und der natürlich nur in einem neuen outputorientierten Bildungssystem, das sich durch Wettbewerb, Leistungsfähigkeit und Effizienz auszeichnet, so ausgebildet werden kann, dass er den Anforderungen des Marktes genügt.

Den Anforderungen des „Marktes“ genügen

So wie die soziale Schere durch den Sozialabbau in unserer Gesellschaft immer stärker auseinander geht, so wird sie auch im Schulsystem gespreizt. Durchlässigkeit verkommt zur Worthülse. Angesichts der durch neoliberale Politik verursachten finanziellen Engpässe sind Worte wie effizient, ressourcenadäquat im Zusammenhang mit Budgetierung, Eigenverantwortung und Transparenz in den Mittelpunkt der bildungspolitischen Diskussion gerückt. „Schulen sollen in Konkurrenz zueinander treten. Dadurch gibt es einen Qualitätsschub.“ Das ist das Credo der Eigenverantwortlichen Schule.

In einem Wettbewerb, der sich am Output orientiert und die Frage vernachlässigt, unter welchen Eingangsvoraussetzungen Schülerinnen und Schüler in die Schule kommen, stehen die Verlierer von Anfang an fest: Schulen in wirtschaftlich schwachen und sozial schwierigen Regionen. „Schon bevor die Schulen in Konkurrenz treten, haben die Kolleginnen und Kollegen in Hamburg-Wilhelmsburg verloren.“ (Annemarie von der Groeben, Laborschule Bielefeld). Es wird nur wenige Gewinner und viele Verlierer geben. Verlierer wird der größte Teil der Schülerinnen und Schüler, besonders aus unterprivilegierten Familien, sein, die schon jetzt die Hauptlast des Sozialabbaus zu tragen haben.

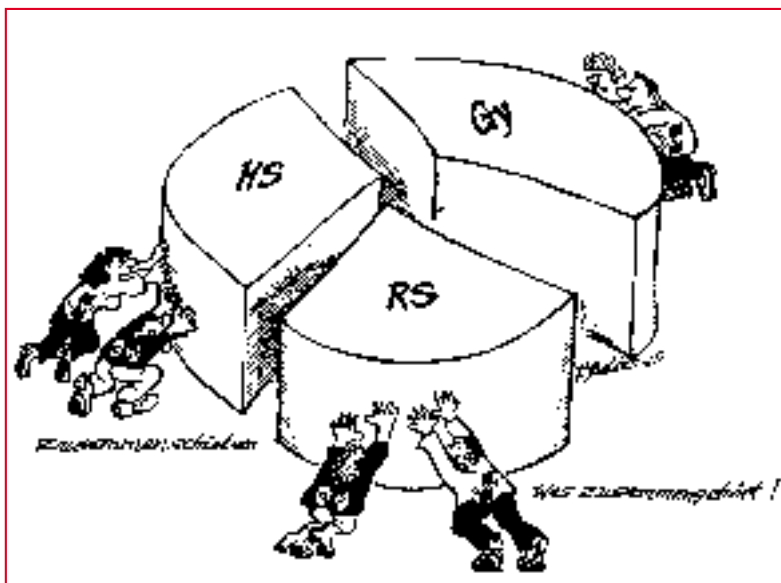
50 Jahre in der GEW

Zum 50-jährigen GEW-Jubiläum gratulieren wir im Juni folgenden Kolleginnen und Kollegen und danken für ihre langjährige Mitgliedschaft:

Lucy Barte (Braunschweig), Eckhard Eichstädt (Hannover), Bernhard Rieger (Alfeld), Adolf Viereck (Wolfsburg), Heinrich Zidek (Meppen), Johannes Zietlow (Uetze). Unser Dank gilt außerdem allen Kolleginnen und Kollegen, deren Mitgliedschaft sich in diesem Monat zu einem weiteren Jahr rundet.

Es ist schwer vorstellbar, dass das niedersächsische Schulsystem so erfolgreich sein kann wie das finnische, das australische, das kanadische, wenn es bis zu einem Viertel der Kinder bereits im Alter von zehn Jahren durch Verweisung an die Hauptschule mitteilt, dass man von ihm nicht mehr erwartet als bestenfalls durchschnittliche Leistungen, und dieses System selbst daran glaubt. Andreas Schleicher, OECD, zeigt den Weg auf, der auch in Niedersachsen beschritten werden muss: „Jede institutionelle Barriere, die wir aufbauen, hindert Lernen und verstärkt Chancenungleichheit.“ Dazu gehören für Schleicher Zurückstellungen, Sitzen bleiben, feste Bildungsgänge in der gegliederten Schulstruktur und Fachleistungskurse in den Integrierten Gesamtschulen.

Die internationalen Vergleichsstudien haben uns gezeigt: Um erfolgreich lernen zu können, brauchen wir keine frühe Selektion. Um erfolg-



reich zu lernen, brauchen wir keine harte Auslese. Schule kann mehr junge Menschen zu qualifizierten Abschlüssen bringen, ohne auf Qualität zu verzichten. Schule kann zu mehr Chancengleichheit beitragen, ohne auf Qualität zu verzichten.

Die frühe Auslese ist ein Irrweg

Die gemeinsame Beschulung auf vier Jahre zurückzuführen mit Vergleichstests und Abschlussprüfungen ist ein Irrweg. Die schulischen Ausleseprozesse führen in den weiterführenden Schulen nicht zu leistungshomogenen Eingangsklassen. In allen weiterführenden Schulen unterscheiden sich die SchülerInnen erheblich in ihren Leistungsvoraussetzungen und in ihrem Lernvermögen.

Zusätzlich zu unserem gegliederten Schulsystem bekommt Niedersachsen mit der „Eigenverantwortlichen Schule“ ein System, das die Benachteiligung von Schulen und Schülerinnen in wirtschaftlich und sozial schwachen Regionen weiter verstärkt und die Beschäftigten zusätzlich belastet und unter Druck setzt. Die GEW wird weiter über den betriebswirtschaftlich, an ökonomischen Kriterien ausgerichteten Charakter dieser scheinselfständigen Schule aufklären: Über den Druck, der ins System kommt und auf Kolleginnen und Kollegen ausgeübt wird. Über den Abbau demokra-

tischer Rechte und die Schwächung von Personalvertretungen. Wir werden der Öffentlichkeit und vor allem den Eltern verdeutlichen, dass die eigenverantwortliche Schule pädagogisch kontraproduktiv ist, dass sie mit ihrem am formalen Leistungsbegriff orientierten Konkurrenzmodell und den Vergleichstests keinen Raum für die individuelle Förderung und Entwicklung ihrer Kinder lässt.

Eigenverantwortliche Schule führt zum Abbau demokratischer Rechte

Busemanns begabungsgerechtes, gegliedertes Schulsystem mit einer eigenverantwortlichen Schule ist ein System, in dem die Beschäftigten den Kopf für die von der Landesregierung zu verantwortenden Rahmenbedingungen hinhalten sollen, z.B. auch für die so genannten „Unterrichtsdellen“. Es ist ein System, das aussortiert und Lebensperspektiven verschüttet.

Es zementiert die sozialen Unterschiede und versucht mit dem Verweis auf Begabungsgerechtigkeit seinen inhumanen Charakter zu verschleiern.

Die GEW steht weiter zu ihren bildungspolitischen Zielen. Qualität von Schule wird definiert durch den Bildungsbegriff, der ihren Zielen zugrunde liegt. Unser Bildungsbegriff leitet sich folgendermaßen ab: Bildung ist ein Gut des ganzen Menschen und leitet sich ab aus dem humanistischen Menschenbild unserer Kultur. Dieses Gut zu reduzieren auf von Wirtschaft und Politik nachgefragte Kompetenzen, engt den Bildungsbegriff ein. Es engt ihn ein auf wenige, eng definierte kognitive, methodische und soziale Fertigkeiten. Bildung muss die Entwicklung der ganzen Persönlichkeit ausgehend von ihren entwickelten Begabungen und Stärken umfassen. Entgegen dem technokratischen Verständnis von „Leistung“ ist als Nachweis für den Erfolg von Schulen nicht die angehäuften Wissensmenge zu sehen, sondern der mündige, selbstbewusste und unter Nutzung seiner individuellen Voraussetzungen leistungsstarke Mensch.

Eine nach betriebswirtschaftlichen Kategorien arbeitende Schule, deren Erfolg an ihrem Output gemessen wird, kann diese Anforderungen nicht erfüllen.

Arbeiten wir gemeinsam an dem Ziel einer für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft erfolgreichen Schule: Das ist eine Schule, die nicht ausgrenzt, sondern die Unterschiedlichkeit, die unterschiedliche Herkunft, die unterschiedlichen Begabungen und Neigungen zum Ausgangspunkt der Arbeit, eine Schule, die gegenseitige Achtung, Toleranz und solidarisches Handeln zum Mittelpunkt des sozialen Lernens macht.

Darum lasst uns gemeinsam weiter arbeiten:

- für bessere Lern und Arbeitsbedingungen
- für eine demokratische, pädagogisch selbstständige Schule auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit.